Modul 6
Atompolitik

Inhalt

Handreichung zum Modul	
Arbeitsblatt Atompolitik	6-01
„Damals“ Argumente pro Atomenergie	6-11 – 6-12
„Damals“ Argumente gegen Atomenergie	6-21 – 6-22
„Heute“ Argumente pro Atomenergie	6-31
„Heute“ Argumente gegen Atomenergie	6-41 – 6-42

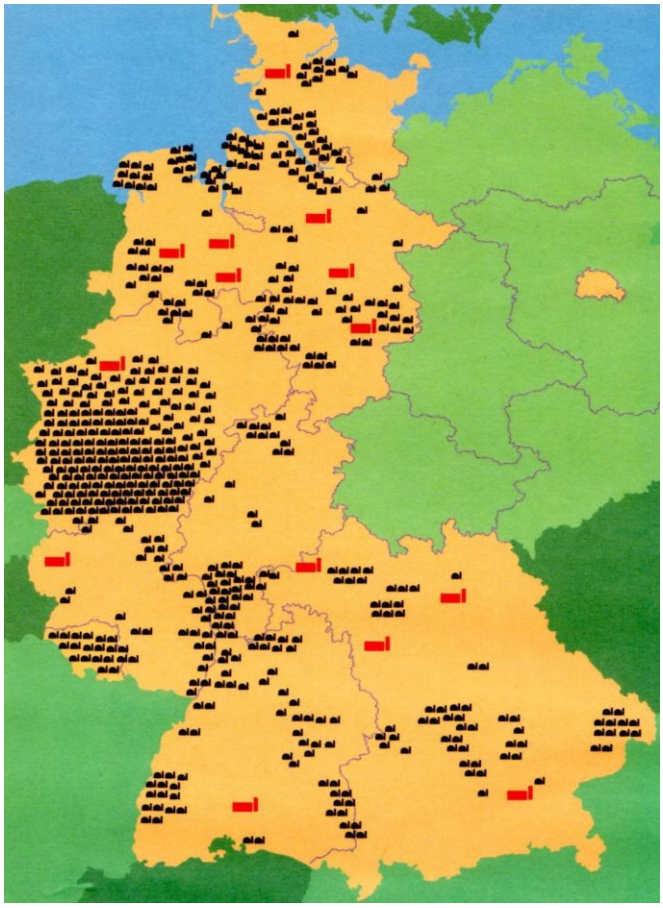
Handreichung Modul 6: Atompolitik

Geschichte der Atomenergienutzung
Im Zentrum der gesamten Unterrichtseinheit steht das Thema Atommüll. Eine ausführlichere Behandlung der Geschichte der Atomenergienutzung in Deutschland würde den Rahmen überschreiten. Mittels der gewählten Methode lernen die Schülerinnen und Schüler dennoch wichtige Entwicklungen kennen.

Als Einstimmung in die Anfänge der Atomenergienutzung kann auch auf folgende Bilder oder Filme zurückgegriffen werden:

Kernkraft damals – Abgefahren aufs Atom, Artikel und Fotostrecke, Artikel von Iris Hellmuth in SpiegelOnline, 26.10.2009
Der Artikel und die Fotos zeigen, welche Atomeuphorie in den frühen Jahren nach 1945 herrschte und welche Blüten dies aus heutiger Sicht trieb.
www.spiegel.de/einestages/kernkraft-damals-abgefahren-aufs-atom-a-948568.html

Unser Freund das Atom, Film der Disney-Studios, (allerdings nur in englischer Sprache auf YouTube abrufbar) 50 Minuten. Der Film ist vor allem deshalb beeindruckend, weil er mit den bekannten Disney-Animationen arbeitet.
www.youtube.com/watch?v=QRzl1wHc43I



Ausbaupläne in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland

1975 erstellte die staatliche Kernforschungsanstalt Jülich (KfA) im Auftrag des Bundesinnenministeriums eine Studie, in der sie 598 mögliche Standorte für
Atomkraftwerke (schwarz) und
Wiederaufarbeitungsanlagen (rot)
erfasste.
Die Karte wurde damals vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz veröffentlicht.

Fishbowl-Methode
Ein kleiner Kreis von Personen sitzt in einem kleinen Stuhlkreis in der Mitte. In diesem Fall bietet es sich an, zwei Pro und zwei Kontra-Positionen einer Ära in die Mitte zusetzen. Alle anderen Beteiligten sitzen in einem Stuhlkreis rundherum. Reden dürfen nur die Personen im innersten Kreis, und zwar in Form einer direkten Diskussion miteinander. Personen im Außenkreis hören zu, können aber jederzeit zum Innenkreis gehen und mitdiskutieren. Die Person setzt sich entweder auf einen freien Stuhl oder stellt sich hinter eine auf einem Stuhl sitzende Person.
Diese darf ihren Gedanken zu Ende formulieren und verlässt anschließend den Kreis. In der Praxis entwickelt sich nach einer anfänglichen Unsicherheit ein Kommen und Gehen, ohne dass dadurch die Debatte abbricht.

Atompolitik

1961 ging das erste deutsche Atomkraftwerk im bayerischen Kahl in Betrieb. Von Anfang an gab es auch Warnungen vor den Gefahren der Atomenergie. In den 1970er Jahren bekamen die Proteste gegen den Bau von Atomkraftwerken enormen Zulauf. Waren es zuerst vor allem Bauern und Winzer, die Angst um ihre Produkte hatten, so erhielten sie bald Unterstützung von den Studierenden, aus der Wissenschaft und vielen anderen.
Bauplätze wurden besetzt und Vorhaben verzögert. Grohnde, Kalkar, Brokdorf und andere Orte wurden Schauplätze großer Auseinandersetzungen zwischen den Demonstrierenden und der Staatsgewalt. Der Bau des AKW Wyhl in Baden-Württemberg wurde nach jahrelangem Protest 1977 komplett gestoppt. Von den vielen Bauprojekten wurden letztlich nur 17 Standorte realisiert.
Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 veränderte die politische Diskussion. Nachdem auch in Deutschland Spielplätze gesperrt und Nahrungsmittel aus den Regalen genommen wurden, weil die radioaktive Wolke in Deutschland angekommen war, sprach sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für einen Ausstieg aus der Atomenergienutzung aus. Aus der „Zukunftstechnologie“ wurde eine „Übergangstechnologie“. Trotzdem wurden die im Bau befindlichen Atomkraftwerke noch in Betrieb genommen.
Wegen des anhaltenden Widerstandes in der Bevölkerung leitete die Regierung von SPD und GRÜNEN im Jahr 2000 den Atomausstieg ein. Sie einigte sich mit der Energiewirtschaft auf eine Begrenzung der Laufzeiten der Atomreaktoren bis 2022.
Ende 2010 beschloss die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP die Begrenzung zurückzunehmen. Doch drei Monate später, am 11. März 2011, ereignete sich die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima. Nach einer beispiellosen Welle des Protestes und einer herben Wahlniederlage der CDU in Baden-Württemberg sah sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Handeln gezwungen. Acht Atomkraftwerke wurden sofort dauerhaft stillgelegt, für die anderen wurde die Laufzeitverlängerung zurückgenommen. Das Ende der nationalen Atomstromnutzung in Deutschland wurde so besiegelt. Spätestens am 31.12.2022 soll das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz gehen.

M1

Zusammenfassung der Redaktion

Gilbert Atomic Energy Lab
Der rote Koffer war ein Kinderspielzeug der 1950er Jahre. Der Experimentierkasten enthielt unter anderem radioaktive Uranproben und einen Geigerzähler.

Foto Tom Simpson (CC BY-NC-ND 2.0)

Glossar

Millirem (mrem): Röntgenäquivalentdosis, veraltete Maßeinheit, wird heute in Sievert gemessen

Moratorium: Stillhalteabkommen, Aufschub

Wiederaufarbeitung: Bei der Wiederaufarbeitung werden die bestrahlten Brennstäbe zerschnitten, aufgelöst und Plutonium und Uran abgetrennt, um sie wieder in neuen Brennelementen zu verwenden.

Anti-Atom-Sonne
Seit 1975 ist sie das Symbol der Anti-Atom-Bewegung. Weltweit existiert sie in vielen Variationen.

A2: Diskussionsrunde
Teilt die Lerngruppe in vier Hauptgruppen auf:
- ► „Damals“ für Atomenergie
- ► „Damals“ gegen Atomenergie
- ► „Heute“ für Atomenergie
- ► „Heute“ gegen Atomenergie

Lest Euch die entsprechenden Texte aus dem Arbeitsmaterial durch und bildet Untergruppen zu den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Werdet zu Expertinnen und Experten Eurer Untergruppe, überlegt Euch, wie Ihr Eure Position am besten vertreten könnt.
Anschließend wird in zwei Fishbowl-Diskussionen „Damals“ und „Heute“ von den jeweiligen Expertinnen und Experten die Frage diskutiert „Soll ein Atomkraftwerk gebaut werden?“ Arbeitet dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Positionen damals und heute heraus.

„Damals“ Argumente pro Atomenergie

CDU / CSU

Franz-Josef Strauß (CSU): Manuskriptfassung eines Interviews des NDR mit Franz-Josef Strauß vom 21. Oktober 1955:
[…] Es geht darum, dass der etwa 10-jährige Rückstand, den die Bundesrepublik Deutschland in der Ausnutzung der Atom-Energie für friedliche Zwecke hat, eingeholt wird. […] Ich persönlich bin der Überzeugung – und ich habe mich seit langer Zeit theoretisch mit dieser Frage befasst – dass die Ausnutzung der Atom-Energie für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke, wissenschaftliche Zwecke, den selben Einschnitt in der Menschheitsgeschichte bedeutet wie die Erfindung des Feuers für die primitiven Menschen. […]

Atomminister Siegfried Balke (CSU), 1956:
„Wenn wir keine Kernkraftwerke haben, werden wir eines Tages auch keine Staubsauger mehr verkaufen.“

Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, 27. Februar 1975:
„Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen.“

Dr. Friedrich Zimmermann, Vorstandsmitglied der Bundestagsfraktion von CDU/CSU: Ausschnitt aus einer Rede im Deutschen Bundestag zur Energiepolitik, 28.11.1979:
[…] Laut Bericht der Bundesregierung über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung beträgt der Anteil der durch kerntechnische Anlagen verursachten Strahlenbelastung 1 mrem, und zwar im Vergleich zur gesamten natürlichen und künstlichen Belastung in Höhe von 170 mrem. Die Strahlenbelastung im Umfeld von Kernkraftwerken entspricht der Belastung durch ein Fernsehgerät, und das haben schließlich fast alle in ihrer Wohnung stehen. Wie bei jeder technischen Anlage kann auch bei Kernkraftwerken eine absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden. Absolute Sicherheit ist Illusion. Eine solche Forderung zu erheben ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Nutzung sämtlicher technischen Errungenschaften. Kernkraftwerke sind umweltfreundlich. Die Abwärmeprobleme sind lösbar. Im Gegensatz dazu ist, wie wir wissen, die Kohle geradezu ein Produzent von Schadstoffen. […]

Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Gerhard Stoltenberg (CDU), Ausschnitt aus einer Rede im Deutschen Bundestag zur Energiepolitik, 28.11.1979:
[…] wir sprechen über die voraussichtlich größte politische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Die Sicherung der Energieversorgung zu noch tragbaren Preisen, d. h. ohne schreckliche soziale Erschütterungen in unserem Lande, ist wahrscheinlich zu einer Überlebensfrage geworden, die in ihrem Rang nur noch mit den Grundproblemen der auswärtigen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar ist. […]

SPD

Auszüge aus dem Atomplan der SPD, beschlossen auf dem Parteitag im Juli 1956:
Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Wege zu gewinnende Kernenergie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit ein.
Die Erzeugung von Elektrizität aus Kernenergie hat in solchem Umfang zu erfolgen, daß die deutsche Wirtschaft nicht mehr auf die Einfuhr überteuerter Kohle angewiesen ist, der Raubbau in Kohlengruben vermieden und die schädigende Veränderung von Landschaft und Wasserversorgung beim Abbau von Braunkohle eingeschränkt wird; […]
Die Entwicklung von Kernkraftmaschinen an Stelle der Dieselmotoren und anderer Verbrennungskraftmaschinen für feste und fahrbare Kraftstationen, für Schiffe, Flugzeuge und andere Verkehrsmittel muß den Platz Deutschlands in der Reihe der Industrievölker sichern; […]
Die Atomenergie kann zu einem Segen für Hunderte von Millionen Menschen werden, die noch im Schatten leben. Deutschland muß in der Hilfe für diese Völker mitwirken, aber auch die Lebensmöglichkeiten des eigenen Volkes verbessern."

Godesberger Programm: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen im November 1959:
Das ist der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet; […] Aber das ist auch die Hoffnung dieser Zeit, daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt; […]

Hans Matthöfer, Bundesminister für Forschung und Technologie (SPD): Interviews und Gespräche zu Kernenergie, Karlsruhe 1976:
[…] Mit den überschaubaren Mengen von Atommüll, die in den nächsten Jahrzehnten anfallen, werden wir mit den heute bekannten Techniken fertig. Für die fernere Zukunft zeichnet sich eine Methode ab, mit der wir diesen Müll sozusagen im Reaktor gleich verbrennen können. […]

Beschlüsse zur Energiepolitik auf dem Parteitag der SPD, November 1977:
[…] Angesichts der unbestreitbaren technischen, wirtschaftlichen und zeitlichen Probleme beim Einsatz energiesparender Technologien und bei der Entwicklung alternativer umweltfreundlicher Energieträger sowie der mit hoher Wahrscheinlichkeit schon mittelfristig zu erwartenden Verknappung der Ölversorgung, ist ein grundsätzlicher Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie gegenwärtig nicht vertretbar.

Gewerkschaften

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der DGB-Jugend am 8.11.1977 in Düsseldorf:
[...] Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat schon bei der Anhörung zur Energiepolitik vor dem Wirtschaftausschuß des Bundestages festgestellt: Jede weitere Verzögerung beim Bau von Kohlekraftwerken und ein anhaltender Bau- oder Genehmigungsstopp bei Kernkraftwerken hat in mehrfacher Hinsicht negative Effekte auf die Beschäftigten:
► Es müssen unmittelbar Arbeitsplätze bei den am Bau beteiligten Unternehmen verlorengehen. In der Reaktorindustrie und bei deren Zulieferfirmen wären Entlassungen nicht zu umgehen.
► Das erreichte technische und wissenschaftliche Niveau und die hochentwickelten Technologien in der Bundesrepublik im gesamten Energiebereich gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Jeder Rückschritt hätte hier unmittelbar unvertretbare Auswirkungen auf die Beschäftigten im Energiebereich und auf die Beschäftigungslage insgesamt. […]
In dieser Situation kann es nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, einen längerfristigen generellen Baustopp für Kernkraftwerke aufrechtzuerhalten. […]

Vorstellungen und Vorschläge der deutschen Angestellten Gewerkschaft und der DAG-Jugend zu einer energiepolitischen Gesamtkonzeption für die Bundesrepublik Deutschland, 1977:
[…] Unterbrechungen der Energieversorgung müssen ernsthafte Störungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens nach sich ziehen. Die Verpflichtung, derartige Störungen, die zu hohen Produktionseinbußen mit Arbeitsplatzverlusten führen können, zu verhindern, folgt unmittelbar aus dem Hauptziel der Energiepolitik, einen optimalen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu leisten. […]
Die DAG hat in ihren energiepolitischen Forderungen von 1974 den Bau von Kernkraftwerken verlangt, um die große Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von Energieimporten zu verringern und um durch eine möglichst preiswerte und gesicherte Energieversorgung künftiges Wachstum zu ermöglichen. An dieser Forderung zum weiteren Ausbau von Kernkraftwerken hält die DAG grundsätzlich fest unter der Voraussetzung, daß alle Fragen der Sicherheit und Entsorgung in absehbarer Zeit zufriedenstellend gelöst werden. […] Falls diese Bemühungen erfolglos bleiben, wären Wachstumsverluste und zunehmende Arbeitslosigkeit unvermeidlich. […] Um die Reaktortechnik zu verbessern, sollte die Bundesregierung die Entwicklung der aussichtsreichsten Reaktortypen weiter fördern. […]

Industrie

VEBA AG: Thesen und Argumente zur Kernenergie [Die VEBA war ein Vorläufer des heutigen Energiekonzerns E.ON]:
[…] Den Einwänden, auch die Uranreserven seien begrenzt und die deutsche Versorgung würde der Gefahr einer neuen Importabhängigkeit ausgesetzt, sind vor allem zwei Tatsachen entgegenzuhalten:
► Uran ist für Jahrzehnte ausreichend vorhanden. […] Beim späteren Einsatz Schneller Brüter ist Uran eine praktisch unerschöpfliche Energiequelle.
► Uran ist ein quasi-einheimischer Rohstoff, da er wegen relativ geringer Kosten ohne Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit oder der Umwelt über Jahre im Land bevorratet werden kann.
Die gesamten Brennstoffkosten eines Kernkraftwerks betragen bei heutigem Kostenstand ca. 1,8 Pfennig/Kilowattstunde inklusive der Kosten der Entsorgung. Die Brennstoffkosten eines Steinkohlekraftwerkes […] betragen ca. 8 Pfennig / Kilowattstunde.
Ein Nachweis der Auswirkungen des Kernenergiekostenvorteils hat davon auszugehen, daß der Kostenvorteil auf mehrere, vom Strompreisniveau unterschiedlich abhängige Abnehmergruppen aufgeteilt wird, nämlich Haushalte, übrige Industrie (im Normalfall ist Strom nur ein Kostenfaktor unter vielen), Grundstoff-Industrie (vom Strompreis in der Regel stark abhängig). […] Würden wir in unserem Lande den Kostenvorteil der Kernenergie nicht nutzen, während es andere Länder um uns herum tun, dann wären die Produkte verschiedener Grundstoffindustrien nicht mehr wettbewerbsfähig. […]

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH: Atomstrom – Von der Wiege bis zur Bahre, Mitteilung an die Presse, 3. März 1981:
[…] Für die Erzeugung von 1 Milliarde Kilowattstunden Kernenergiestrom werden 4,2 Tonnen Uran in Brennelementen in den deutschen Leichtwasserreaktoren gebraucht. Der Gegenwert dieser 1 Milliarde Kilowattsunden entspricht einem Öltankschiff von 220.000 Tonnen Öl, die eine potentielle Gefährdung der Weltmeere bedeuten und auch nach ihrer Verbrennung noch langfristige Entsorgungsprobleme aufwerfen. Die 4,2 Tonnen Uran in Brennelementen ergeben nur ein Volumen von 3 Kubikmetern (mit Brennelementgestelle).
Ein privater Haushalt, der etwa 4000 Kilowattstunden pro Jahr Strom benötigt, verbraucht damit den Gegenwert von einer Tonne Öl, aber nur von 94 Gramm Natururan. Bei Wiederaufarbeitung und Rückführung der Kernbrennstoffe in Leichtwasserreaktoren verringert sich der Natururanbedarf sogar auf 56 Gramm. Die radiologische Belastung, die dieser Haushalt von der Uranmine bis zum Endlager durch seinen Kernenergiestromverbrauch verursacht, ist wesentlich geringer, als die natürliche radioaktive Belastung, die z.B. eine 4-köpfige Familie durch einen Umzug von Bremen nach Saarbrücken erfährt. […]

Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendrings

Erklärung der Naturfreundejugend Deutschlands vom 15.2.1977:
Naturfreundejugend fordert: Sofortigen Baustop für alle Kernkraftwerke! Immer mehr Gründe sprechen für einen sofortigen Stopp des Kernkraftwerkbaus:
► Die Havarien in bestehenden Kernkraftwerken
► Die ungelösten Sicherheitsprobleme bei Transport und Wiederaufbereitung und Endlagerung von Kernbrennstoffen und Abfällen
► Die jüngsten Expertenaussagen über die Gefahren der radioaktiven Bestrahlung […]

Bund der Deutschen katholischen Jugend (BDKJ), Beschluss der Hauptversammlung vom April 1977:
Die Hauptversammlung des BDKJ fordert die Stillegung bzw, den sofortigen Baustopp für Kernkraftwerke, Zwischenlagerstätten und Wiederaufarbeitungsanlagen, solange der gefahrlose Betrieb der Kraftwerke und die schadlose Lagerung des Atommülls nicht hundertprozentig gesichert sind.
Angesichts der Tatsache, daß die Folgen dieser neuartigen Technologie nach heutigem Wissensstand nicht wieder rückgängig gemacht werden können, ist es in höchstem Maße unverantwortlich und unsittlich, die jetzigen und alle kommenden Generationen dieser lebensbedrohenden Gefahr auszusetzen. […]

Beschluss des Deutschen Landjugendtages vom 25.6.1977:
[…] Die wirtschaftliche Entwicklung in jüngster Zeit hat gezeigt, daß stetiges Wachstum und somit ständig steigender Energiebedarf nicht immer vorausgesetzt werden kann. Deshalb erscheint dem Bund der Deutschen Landjugend der weitere Bau von Kernkraftwerken nicht notwendig. Außerdem ist vor dem Hintergrund der noch immer ungelösten Entsorgungsfrage die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie nicht geklärt. […] Auswirkungen auf die Landwirtschaft, sei es durch radioaktive Verseuchung landwirtschaftlicher Produkte oder Beeinträchtigung des ökologischen Systems bzw. des Klimas, sind ein weiterer Grund, die Nutzung der Kernenergie abzulehnen. […]

Beschluss der Hauptversammlung der Jugend des Deutschen Alpenvereins, Juni 1977:
[…] Keine Kernkraftwerke innerhalb der Alpen errichten: Gerade in den Alpentälern kann das für Kernkraftwerke benötigte Kühlwasser bzw. die von ihnen erwärmte Luft den Naturhaushalt auch bei normalem Betrieb nachhaltig verändern. Darüber hinaus ist die absolute Beherrschung des Strahlenrisikos bei Betrieb, Transport und Lagerung von Kernbrennstoffen derzeit nicht gegeben. Der DAV lehnt deshalb die Errichtung und den Betrieb von Kernkraftwerken innerhalb der Alpen ab. […]

Deutsche Schreberjugend, Beschluss des Hauptausschusses vom 7./8.5.1977:
[…] Die Deutsche Schreberjugend als Interessenvertreterin der jungen Generation verurteilt die verfrühte Anwendung unausgereifter Technologien als eine schwere Hypothek, deren weittragende Folgen für die junge Generation noch nicht zu übersehen sind. Sie tritt dafür ein, vom Einsatz der Kernenergie zumindest solange abzusehen, bis die anstehenden Probleme befriedigend gelöst sind. Zu den ungeklärten Frage gehören insbesondere:
► Die Entsorgung der Kernkraftwerke von radioaktiven Verbrennungsrückständen (Atommüll),
► Die Wiederaufbereitung von Brennelementen,
► Die Verbesserung der technischen Sicherheit im Reaktorbereich (Berstschutz, Emissionsgefahr),
► Die Bedrohung der Lebens- und Selbstreinigungsfähigkeit von Gewässern durch Einleitung von Kühlwasser,
► Die Verbesserung von Katastrophenvorsorge und -schutz,
► Die intensive Entwicklung, Verbesserung und Ausnutzung alternativer Energieträger (Kohle, Öl, Sonne, Wind, Wasser, etc.)

Die Deutsche Scherberjugend ruft ihre Mitglieder und ihre Gruppen auf
1. Bestehende Bürgerinitiativen aktiv zu unterstützen
2. Eigene Initiativgruppen gegen die Kernenergie zu gründen. […]

Opposition in der SPD:

1976 kam es zu ersten großen Demonstrationen gegen den Bau des AKW Brokdorf. Am 25. Oktober 1976 erteilte die CDU-geführten Landesregierung Schleswig-Holstein trotzdem unter strengster Geheimhaltung und mit Sofortvollzug die erste Teilerrichtungsgenehmigung. Daraufhin formierte sich in der schleswig-holsteinischen SPD ein Ablehnung der Atomenergie, die in die Gesamtpartei hineinwirkte, aber den grundsätzlichen Pro-Atom-Kurs der SPD nicht zu Fall bringen konnte:

Aus dem Beschluss des Landesvorstandes der Schleswig-Holsteinischen SPD, 1976:
„Die Diskussion im Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein und die Beratung der Fachkonferenz Kernenergie des Landesverbandes der SPD Schleswig-Holstein haben ergeben, daß die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie, der Bau und der Export von Kernkraftwerken insgesamt mehr ungeklärte Probleme und unübersehbare Risiken enthalten, als bisher der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden ist.
In dem Beschluss wird gefordert: [...] Und darüber hinaus, daß der Bau aller geplanten Kernkraftwerke nicht in Angriff genommen wird, daß der Außenhandel mit Kernreaktoren eingestellt wird und die Fortführung der im Bau befindlichen Kraftwerke unterbrochen wird.“

Bürgerinitiativen

Die erste Besetzung eines Bauplatzes fand im Februar 1975 am geplanten Standort für das AKW Whyl statt. Anfangs wurde der Protest vor allem von den ortsansässigen Bauern und Winzern getragen, die um ihre Weinernte fürchteten. Später bekamen sie Unterstützung aus den Städten.

Arbeitskreis Umweltschutz an der Universität Freiburg: Stellungnahme zu den sogenannten Gutachten zum geplanten KKW Whyl, 1976:
[…] Nicht unser Interesse an Gesundheit und wirtschaftlichem Auskommen ist es, das die Landesregierung mit ihrem KKW-Plan im Auge hat! […] Der Profit der Atomindustrie ist es, der die Schritte der Landesregierung leitet und ihren Interessen will sie unsere Interessen unterwerfen […]
Nach wie vor fühlt sich die Bevölkerung durch folgende Probleme bedroht:
► Nebelverstärkung bei Inversionswetterlagen
► Verminderung der Sonnenscheindauer durch die Kühlturmschwaden
► Verbreitung von Schmutz- und Schadstoffen durch die KKW-Kühltürme
Verminderung der Sonnenscheindauer sowie Zunahme von Nebel führen unweigerlich zu Schäden in der Landwirtschaft. […]
Die Realität sieht so aus: Die Landesanstalt für Umweltschutz hat in der Umgebung des KKW Obrigheim im Jahr 1975 110–140 Millirem gemessen (!). 1974 waren es 110–160 Millirem (!). 1973 waren es gar 180–340 Millirem (!). Diese Werte liegen teilweise um ein Mehrfaches über der „natürlichen“ Strahlenbelastung von ca. 90 Millirem pro Jahr. […]

Auszug aus einer Ankündigung des Arbeitskreises Umweltschutz Detmold für eine Veranstaltung zum Atomkraftwerk Brokdorf 1977 in Detmold:
[…] Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
► Weil auch im Normalbetrieb jedes Atomkraftwerk radioaktive Teilchen an die Umgebung abgibt. Wieviele Krankheiten dadurch entstehen, ist noch nicht ausreichend untersucht. Radioaktivität verursacht Krebs und kann Embryos sehr stark schädigen. Auch können Erbschäden auftreten, die sich erst nach Generationen bemerkbar machen.
► Weil ein Atomkraftwerk nach einem Jahr Betriebszeit mehr Radioaktivität enthält als 1000 Hiroshima-Bomben. Wenn diese Radioaktivität in der dicht besiedelten BRD freigesetzt würde, kämen 100 000e Menschen um und Millionen würden geschädigt.
► Weil es in Atomkraftwerken sehr häufig zu Unfällen gekommen ist. Atomkraftwerke sind keineswegs so sicher, wie es von den Energieversorgungsunternehmen und dem Staat behauptet wird.
► Weil kein Mensch garantieren kann, daß diese radioaktiven Abfälle über zehntausende von Jahren sicher gelagert werden können. […]

Auszüge aus Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Darmstadt e.V.: Was nicht im „Informations“-Zentrum Biblis zu erfahren ist, Dezember 1977:
[…] Von 1974 bis 1976 stieg der Stromverbrauch nur um durchschnittlich 2,4 % jährlich. Selbst die optimistischsten Prognosen für die 80er Jahre liegen nicht höher als 4 %. Für die 90er Jahre ist gar keine Steigerung mehr zu erwarten. Bei vernünftiger Energiepolitik nimmt der Verbrauch auf die Dauer wieder ab, ohne Verzicht auf Lebensqualität. Aber volkswirtschaftlich ist Atomkraft die teuerste Energie, denn man muß die Kosten für Entwicklung, Entsorgung und Entschädigung der Opfer mit berechnen.
[…] Aber nicht nur durch unkontrollierte Kettenreaktion kann der Reaktor schmelzen. Auch der „normale“ radioaktive Zerfall setzt Wärme frei. Diese Wärme reicht aus, um trotz abgeschaltetem Reaktor, bei Ausfall der Not- und Nachkühlsysteme den Brennstoff so stark zu erhitzen, daß auch hierbei die Brennstäbe schmelzen, der zusammengeschmolzene Brennstoff den Reaktordruckbehälter durchdringt und sich weiter durch den Beton ins Erdreich frißt. […]

Grüne

Aus dem ersten Parteiprogramm der Grünen, 1980:
[…] Den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken lehnen wir ab.
► Atomenergie ist nicht sicher, da der Betrieb der Atomanlagen zur schleichenden Strahlenverseuchung führt und das Katastrophenpotential der Atomkraftwerke und anderer atomarer Anlagen ein nicht verantwortbares Risiko darstellt und da der Atommüll bisher nicht beseitigt werden kann. […]
► Atomkraftwerke vernichten Arbeitsplätze, da der verstärkte Einsatz einer besonderen kapitalintensiven Energieform unter den derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen zum vermehrten Einsatz von Maschinen und zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen führt.
► Atomkraftwerke sind kein Ausweg aus der Energieverknappung, da die Energiebasis Uran, genau wie die übrigen Energieträger, nur in begrenzten Mengen zur Verfügung steht und keine ständige Energieversorgung sichern kann.
► Die Atomenergie bedroht die Zukunft allen Lebens, da die produzierten radioaktiven Spaltprodukte für Jahrtausende das Leben gefährden.
► Der Einsatz der Atomenergie, der die Demokratie und die menschlichen Grundrechte bedroht, verstärkt die vorhandenen Tendenzen zu einem Polizei- und Überwachungsstaat. Mit den hohen sozialen Sicherheitsrisiken und Störanfälligkeiten der Atomanlagen wird der Marsch in den Atomstaat gerechtfertigt.
► Der Export von atomaren Anlagen in alle Länder der Welt schafft neue militärische Risiken und unterläuft die internationalen Bemühungen, die Verbreitung von Atomwaffen einzudämmen. […]

Lobbyorganisationen für Kernenergie

Pressemitteilung 17.05.2011: Deutsches Atomforum: Überhasteter Atomausstieg führt zu hohen gesellschaftlichen Kosten:
[…] Der Präsident des DAtF Dr. Ralf Güldner betonte in seiner Eröffnungsrede: "Wir haben volles Verständnis dafür, dass der Unfall in Japan Verunsicherung und Sorge in der deutschen Gesellschaft ausgelöst hat. Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke - der älteren und der jüngeren - ist jedoch nach den Ereignissen in Japan nicht schlechter als davor. Sie erfüllen alle sicherheitstechnischen Anforderungen, sie übertreffen sie zum Teil sogar deutlich. Nirgendwo in der Welt gibt es höhere Standards als bei uns." Die Auslegung der Anlagen in Fukushima Daiichi entsprach in mehreren zentralen Punkten nicht den hohen Anforderungen in Deutschland. Die öffentliche Debatte hierzulande blendet diese Fakten leider weitestgehend aus.
Ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland ist offensichtlich nun ein breiter politischer Konsens. Nachdenkliche Stimmen sind in der Minderheit und finden kaum Gehör. "Ein leichtfertiger schneller Verzicht auf die deutschen Kernkraftwerke wäre mit höheren Kosten für die gesamte Volkswirtschaft, mit der Verfehlung unserer klimapolitischen Ziele, mit erhöhter Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, mit verringerter Versorgungssicherheit beim Strom, d.h. mit Stromimporten und Problemen bei der Netzstabilität sowie nicht zuletzt mit intensiven Diskussionen in der Europäischen Union verbunden", gab Güldner zu bedenken. […]

Pressemitteilung der Kerntechnischen Gesellschaft e.V. (KTG): Deutsche Kerntechnik schafft Sicherheit weltweit Kerntechnische Gesellschaft warnt vor Folgen des Atomausstiegs und fordert Unterstützung für den Kompetenzerhalt in der deutschen Kerntechnik, 23.05.2012:
„Der Atomausstieg ist grob fahrlässig“ konstatierte Dr. Astrid Petersen, Vorsitzende der Kerntechnischen Gesellschaft e.V. (KTG) auf der Jahrestagung Kerntechnik 2012 in Stuttgart. „Ohne ein schlüssiges Konzept für die Schaffung von adäquaten Ersatzkapazitäten ist die Abschaltung deutscher Kernkraftwerke schlicht verantwortungslos.“
Der deutsche Alleingang habe weltweit keinerlei Sicherheitsgewinn bewirkt. Er schwäche jedoch gleichzeitig die Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten Deutschlands auf die internationalen Sicherheitsstandards und Regelwerke. […]
Die handelnden Politiker forderte Petersen daher dazu auf, die Chancen, die in der Kerntechnik für Deutschland, liegen, zu nutzen. „Legen Sie den Kerntechnikern und der kerntechnischen Industrie keine Steine in den Weg! Helfen Sie mit, die deutsche Kompetenz in der Kerntechnik weltweit einzubringen: für Zuverlässigkeit und Sicherheit!“

Nuklearia ist ein 2013 gegründeter Verein, der für die weitere Nutzung der Atomenergie wirbt.
Nuclearia, Pressemitteilung 16.10.2018 Nuclear Pride Fest: Pro-Kernkraft-Bewegung feiert Kernenergie als Lösung drängender Probleme:
[…] Das Bündnis fordert die führenden Politiker Europas und der Welt auf, bestehende Kernkraftwerke zu erhalten und neue zu bauen. Diese seien unerlässlich, um den weltweit wachsenden Energiebedarf zu decken, Umwelt und Gesundheit zu schützen und den Klimawandel zu begrenzen. […]
Michael Shellenberger, Mitbegründer der Nuclear Pride Coalition und Hero of the Environment des Time Magazine, meint: „Wir können es uns nicht leisten, eine bewährte Technologie abzulehnen, die uns dabei helfen kann, Emissionen zu reduzieren und den Einsatz fossiler Brennstoffe zu stoppen. Wir dürfen unsere Zukunft nicht aufs Spiel setzen, indem wir die Kernenergie ignorieren. […]“

Industrie

Ausführungen Dr. Johannes Teyssen Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG auf der ordentlichen Hauptversammlung der E.ON AG, 3. Mai 2012:
[…] Wir wissen, wie die nicht immer sachliche energiepolitische Diskussion nach dem schrecklichen Unglück in Fukushima Sie alle belastet hat – vor allem natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kernkraftwerken, die mit allem Recht stolz darauf sind, Anlagen zu betreiben, die seit Jahrzehnten zu den sichersten und verlässlichsten der Welt gehören. […]

Zitat aus einem Artikel zweier Mitarbeiter des Nuklearkonzerns AREVA NP in der VGB PowerTech 1 / 2 2012: Antworten eines Herstellers auf die Ereignisse in Fukushima, von Uwe Stoll und Ulrich Waas:
[…] Zusammenfassung: Nach bisherigen Erkenntnissen ist der entscheidende Faktor für den Unfalleintritt im japanischen Kernkraftwerk Fukushima Daiichi eine nicht ausreichende Auslegung der Reaktorblöcke gegen Tsunami. Damit fällt der Unfall nicht in den Bereich des Restrisikos, sondern in der – in diesem Fall unzureichenden Basisauslegung gegenüber Einwirkungen von außen. […] Trotz der speziellen Situation in Deutschland bietet der Einsatz der Kernenergie weltweit, energie- und wirtschaftspolitisch gesehen Vorteile: denn Kernenergie stellt zuverlässigen, bezahlbaren und klimafreundlichen Strom bereit.

Gewerkschaften

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den Demonstrationen am 26. März 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukuhsima:
DGB ruft zum Aktionstag - Atomenergie stoppen - sichere Energieversorgung schaffen!
Die unfassbaren, furchtbaren Ereignisse in Japan erschüttern uns alle. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Der Atom-GAU, das "Restrisiko" der Atomenergie, ist vom Menschen nicht beherrschbar. Arbeiter, Feuerwehrleute und Helfer riskieren in Japan Leib und Leben, um andere zu retten. In Deutschland verantwortlich zu handeln, bedeutet jetzt: Raus aus der Atomenergie! Sie ist keine Brückentechnologie. Setzen wir ohne weiteres Zögern auf vorhandene Alternativen. Das ist keine Frage des Könnens, sondern des politischen Willens!
Eine atomfreie Energieversorgung nutzt unserer Sicherheit, unseren Arbeitsplätzen und der Umwelt. Wir produzieren mehr Strom, als wir brauchen. Energiesparen, Energieeffizienz und rascher Umstieg auf andere Energieformen bieten ein riesiges Entwicklungspotenzial für Handwerk, Industrie und Handel. Ein Atomausstieg gefährdet weder den Wirtschaftsstandort Deutschland noch unsere Stromversorgung oder die Klimaziele. Die Zukunft unseres Industriestandortes hängt von einer sicheren und sauberen Energieversorgung ab. […]
Der DGB ruft dazu auf, sich an den bundesweiten Kundgebungen am 26. März 2011 aktiv zu beteiligen, um diese Forderungen zu unterstützen.

Position der IG Metall zu dem Atomausstiegsbeschluss der Regierung, 01.06.2011:
Noch zehn Jahre
[…] Der IG Metall geht der Ausstieg nicht schnell genug. Drei Monate nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima hat sich die Regierungskoalition auf das Jahr 2022 als Datum für den Atomausstieg geeinigt. Die Nutzung der Kernenergie soll bis dahin schrittweise beendet und das Zeitalter der erneuerbaren Energien möglichst schnell erreicht werden. Mit ihrem Ausstiegsbeschluss hat die Regierungskoalition nun endlich Klarheit geschaffen. Das ist gut so. Leider sind die energiepolitischen Ziele der Bundesregierung nicht sonderlich ehrgeizig. Immerhin hatte das Bundesumweltministerium im März diesen Jahres eine Studie vorgelegt, nach der der Ausstieg aus der Kernenergie schon 2017 möglich wäre.

Industrie nachhaltig und ökologisch umbauen
Klar ist, dass bei der Energieversorgung noch einige Jahrzehnte lang konventionelle Stromerzeugung benötigt wird. Deshalb sind ein ökologisch nachhaltiger Umbau der Industrien notwendig und Investitionen in die Energieeffizienz. Die erneuerbaren Energien sind der Ausweg. Da diese nicht sofort den Anteil der Atomkraft übernehmen können, sollen auch effiziente Gas- und Kohlekraftwerke zur Energieerzeugung beitragen. […]

CDU / CSU

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, 9. Juni 2011:
[…] Wer das erkennt, muss die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wer das erkennt, muss eine neue Bewertung vornehmen. Deshalb sage ich für mich: Ich habe eine neue Bewertung vorgenommen; denn das Restrisiko der Kernenergie kann nur der akzeptieren, der überzeugt ist, dass es nach menschlichem Ermessen nicht eintritt. Wenn es aber eintritt, dann sind die Folgen sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Dimension so verheerend und so weitreichend, dass sie die Risiken aller anderen Energieträger bei weitem übertreffen. Das Restrisiko der Kernenergie habe ich vor Fukushima akzeptiert, weil ich überzeugt war, dass es in einem Hochtechnologieland mit hohen Sicherheitsstandards nach menschlichem Ermessen nicht eintritt. Jetzt ist es eingetreten.

Genau darum geht es also – nicht darum, ob es in Deutschland jemals ein genauso verheerendes Erdbeben, einen solch katastrophalen Tsunami wie in Japan geben wird. Jeder weiß, dass das genau so nicht passieren wird. Nein, nach Fukushima geht es um etwas anderes. Es geht um die Verlässlichkeit von Risikoannahmen und um die Verlässlichkeit von Wahrscheinlichkeitsanalysen. Denn diese Analysen bilden die Grundlage, auf der die Politik Entscheidungen treffen muss, Entscheidungen für eine zuverlässige, bezahlbare, umweltverträgliche, also sichere Energieversorgung in Deutschland. Deshalb füge ich heute ausdrücklich hinzu: Sosehr ich mich im Herbst letzten Jahres im Rahmen unseres umfassenden Energiekonzepts auch für die Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke eingesetzt habe, so unmissverständlich stelle ich heute vor diesem Haus fest: Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert. […]
Das Atomgesetz wird novelliert. Damit wird bis 2022 die Nutzung der Kernenergie in Deutschland beendet. […]

Auszug aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU 2013:
[…] Die Energiewende ist eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Verbraucher und Wirtschaft benötigen eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Mit einer Versorgung, die auf erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz. […]
Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheit aller Kernkraftwerke in der Europäischen Union zu verbessern. Risiken machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wollen wir für unseren energiepolitischen Kurs auch bei unseren europäischen Nachbarn werben. Wir treten dafür ein, für alle Kernkraftwerke in der Europäischen Union rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis unserer Stresstests einzuführen. […]

SPD

Auszug aus dem Wahlprogramm der SPD 2013 „Das WIR entscheidet“:
[…] Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen. Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt. […]
Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management” auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.

Auszüge aus einem Beitrag der damaligen Umweltministerin Barbara Hendricks vom 25. April 2016: 30 Jahre Tschernobyl – Was noch zu tun ist:
[…] Die Katastrophe von Tschernobyl, die sich heute zum 30. Mal jährt, war ein Wendepunkt in der Debatte um die deutsche Atompolitik. Die Katastrophe hat gezeigt, dass das „Restrisiko“ der Atomkraft keine theoretische, sondern eine sehr reale Größe ist. Sie gab all denjenigen Recht, die schon lange vor ihren Gefahren gewarnt hatten. In Whyl, in Brokdorf, in Wackersdorf und an vielen andere Orten.
Aus heutiger Sicht müssen wir sagen: Die Atomkraft ist ein Irrweg. Die SPD hat das erkannt und gemeinsam mit den Grünen den Atomausstieg eingeleitet. Dass es bis Fukushima dauerte, bis auch die letzte - schwarz-gelbe - Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat, ist aus heutiger Sicht unverständlich. Immerhin: Seit 2011 haben wir einen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Das letzte deutsche Kernkraftwerk wird 2022 abgeschaltet. […]

Umweltverbände

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): Schneller Atomausstieg und echter Klimaschutz sind kein Widerspruch, 2018:
[…] Es können deutlich mehr Kohlekraftwerke kurzfristig vom Netz genommen werden als bisher diskutiert – und die gefährlichen Atomkraftwerke schneller abgeschaltet werden als bisher gesetzlich vorgesehen. Dies ist ohne Probleme für die Versorgungssicherheit möglich, so der BUND in seinem neuen Abschaltplan, wenn die Politik nicht weiter abwartet, sondern aktiv die Energiewende voranbringt.
Sie muss die Erneuerbaren Energien engagiert weiter ausbauen und gezielt die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Energiewende schaffen, die im Wesentlichen auf Windenergie und Photovoltaik basiert. Konkret bedeutet das, den Ausbau flexibler und dezentraler Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die Senkung des Stromverbrauchs und die Möglichkeiten zur Lastreduktion deutlich zu steigern. […]
Die BUND-Leistungsbilanz zeigt, dass selbst in Extremsituationen, in denen keine Sonne scheint, nur wenig Wind weht und thermische Kraftwerke teilweise in Revision sind, die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Der Leistungsüberschuss geht zwar zurück […], aber es bleibt bei einem Überschuss. […]

Deutsches Umweltinstitut München: Klimaretter Atomkraft? Hintergrundinformationen:
[…] Zur Eindämmung der Treibhausgase brauchen wir keine Atomenergie. Die Einsparpotenziale im Energiesektor sind enorm, wir müssen sie nur umsetzen. Der geringe Anteil des Atomstroms am Endenergieverbrauch kann durch Effizienz bei Energieerzeugung und -verbrauch ersetzt werden. Der Anteil der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung muss deutlich erhöht werden. Der Energieverbrauch im Verkehr und in Gebäuden muss drastisch reduziert und die erneuerbaren Energien müssen weiter ausgebaut werden. Allerdings haben wir keine Zeit zu verlieren: Die Energiewende muss zügig umgesetzt werden, nicht nur deutschlandweit, sondern weltweit. Nur dann können wir den fortschreitenden Klimawandel eindämmen. […]

Auszüge aus einem offenen Brief von .ausgestrahlt, Bundesverband Windenergie, BUND und Umweltinstitut München zu den Koalitionsverhandlungen, 26. Januar 2018:
[…] Vor allem die norddeutschen Atomkraftwerke stehen der Nutzung schon heute verfügbaren Stroms aus Erneuerbaren Energien im Weg. Für jeden weiteren kurzfristigen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Norddeutschland sind die Atomkraftwerke ein Hindernis. Sie blockieren die Weiterleitung erneuerbar erzeugter Energie insbesondere aus Windenergieanlagen. Während Windenergieanlagen wegen angeblicher Netzengpässe immer wieder abgeregelt werden, laufen die AKW nahezu ungedrosselt weiter. Ihr Atomstrom verstopft die Leitungen, die der Windstrom nutzen könnte. […]